



## Antrag

—

Fraktion DIE LINKE

### **Betroffene nicht allein lassen - Long-COVID und Post-COVID-Informationen- und Behandlungsangebote im Land schaffen!**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag von Sachsen-Anhalt stellt fest, dass die Pandemiepolitik nicht nur auf gegenwärtige Umstände reagieren darf, sondern nunmehr die Folgen von COVID-19-Infektionen und die Behandlung von Folgeerkrankungen in den Blick genommen werden müssen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, sofortig Informationsangebote für Long-COVID- und Post-COVID-Erkrankungen für Betroffene zu initiieren. Dazu ist zuvorderst eine Webseite einzurichten, die u. a. folgende Informationen anbietet:
  - a. Begriffserklärungen,
  - b. medizinische Angebote von Haus- und Fachärzt\*innen,
  - c. Reha-Einrichtungen spezialisiert auf Long- und Post-COVID,
  - d. Post-COVID-Ambulanzen,
  - e. Beratungsangebote zu Corona und Folgen,
  - f. Selbsthilfegruppen,
  - g. Patient\*innenleitfaden/-informationen,
  - h. Darstellung des aktuellen Forschungsstandes und Vorhaben.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich mit den Sozialversicherungsträgern und den Rententrägern bezüglich Reha-Maßnahmen für die Behandlung von Long- und Post-COVID abzustimmen. Dabei verpflichtet sich die Landesregierung dazu, landeseigene Angebote für Rehabilitationsmaßnahmen und Kuren in Zusammenarbeit mit den Sozialversicherungsträgern für Betroffene von Long-COVID und Post-COVID zu realisieren.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Beratungsstrukturen der EUTB um das Beratungsangebot zu Long- und Post-COVID zu erweitern und hier adäquat zusätzliches Personal und Sachkosten zu finanzieren.
5. Die Landesregierung wird beauftragt, die Angebote der Selbsthilfen zu Long- und Post-COVID regional zu unterstützen.
6. Die Landesregierung wird aufgefordert, Forschungsbestrebungen landeseigener wissenschaftlicher Institute zu Long- und Post-COVID-Erkrankungen finanziell zu unterstützen.
7. Die Landesregierung wird aufgefordert, vonseiten des Bundes zu den laufenden Forschungen entsprechende Zwischenstände abzufordern und deren Auswertungen in den laufenden Prozess der im Land erforderlichen Long- und Post-COVID Angebote einfließen zu lassen. Dazu ist regelmäßig, mindestens jedoch halbjährlich im zuständigen Fachausschuss zu berichten.

### **Begründung**

Die Corona-Pandemie stellt uns seit zwei Jahren vor immer wieder neue, auf unterschiedlichste Weise herausfordernde Aufgaben. Auszeichnend für das Pandemiemanagement ist das stetig zu späte Agieren, eine Politik, die wenig vorausschauend handelt.

Umso wichtiger ist es, jetzt schon die Folgen von COVID-19 im Blick zu haben. Betroffene, die infolge einer Infektion unter Long-COVID und Post-COVID leiden, müssen auf ihrem Weg Unterstützung erfahren. Dafür muss Politik Angebote schaffen.

Es müssen Informationsangebote aufgesetzt werden, damit Erkrankte wissen, bei welchen Ärzt\*innen sie behandelt werden können. Es bedarf ebenso Materialien für die Mediziner\*innen, die sie in den Beratungen ergänzend für die Patient\*innen bereithalten können. Besondere Relevanz muss die Erforschung der Krankheitsbilder zukünftig bekleiden. Es braucht klare Diagnosemuster, die wiederum klare Folgebehandlungen nach sich ziehen. Dafür müssen im Land entsprechende Rehabilitationsmaßnahmen sowie Kurangebote initiiert werden, die Erkrankte auf ihrem Weg zurück in den gesellschaftlichen Alltag unterstützen.

Eva von Angern  
Fraktionsvorsitzende